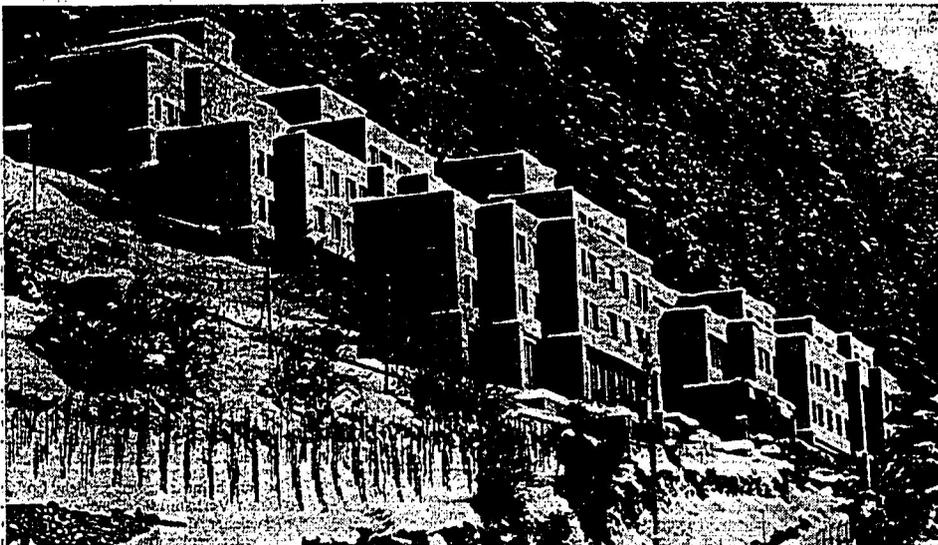


# Luzerner Tagblatt



## In klösterlicher Einsamkeit...

... scheinen die 100 auswärtigen Schüler der Bündner Kantonsschule zu leben, die in diesem Konvikt an einem bewaldeten Abhang in Chur untergebracht sind. Der Bau, im Volksmund «Tibetanerkloster» geheissen, wurde im September des letzten Jahres fertiggestellt und kostete 6,9 Millionen Franken. Er entstand im Rahmen eines umfassenden Neubauprogramms für die Bündner Kantonsschule. Foto Keystone

## Härterer Vietnam-Kurs unter Nixon

### Eine «Lex Bührle»?

## Der Teufelsaustreiber-Prozeß hat begonnen

### Soziale Unrast in Italien

2

3

13

LM

## Mondfahrt — und was dann?

### Nach dem Triumph der amerikanischen «Apollo 8»

Richard Nixon, der in wenigen Tagen das Amt des amerikanischen Präsidenten übernehmen wird, dürfte schon sehr bald nach seinem Amtsantritt eine schwere Entscheidung zu treffen haben. Er wird nämlich entscheiden müssen, welches das nächste Ziel im Weltraum nach Erreichung des Ziels der «Apollo»-Unternehmungen, sein soll. Da jedes Weltraumprojekt jahrelange Vorbereitungen benötigt und die erforderlichen Milliardenkredite vom Kongreß immer mit der Perspektive auf Leistungen und Resultate fünf oder sechs Jahre später beantragt werden müssen, ist die Frage «Nach dem Mond — was dann?» eine der dringendsten auf dem Schreibtisch des Präsidenten.

Der weit verbreitete Jubel über den grandiosen Erfolg des «Apollo-8»-Fluges zehnmal rund um den Mond darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Nasa («National Aeronautics and Space Administration», die Behörde, der die Weltraumerschließung untersteht) am Ende ihres Lateins angelangt ist. Im Jahre 1961 hatte Präsident Kennedy die Landung eines Menschen auf dem Mond «vor dem Jahre 1970» zu einem Nationalziel erklärt, und es sieht nun so aus, als ob dieses Ziel erreicht werden kann. «Apollo 8» war eine Prachtleistung von technologischer Exaktheit, menschlicher Kühnheit und genialer Planung. Darin liegt aber auch eine Gefahr — denn Nasa hatte sich jahrelang auf die Mondfahrt, eben das Projekt «Apollo», konzentriert und alle anderen möglichen oder gar dringenden Weltraumprojekte vernachlässigt.

gesprochen «mondmüde» und reduzierte die vorher auf fünf Milliarden Dollar jährlich angewachsenen Kredite um 25 Prozent. Wird dem Kongreß im neuen Budget in den nächsten Monaten nicht ein neues Weltraumprojekt vorgelegt, dann wird er, über die bevorstehende und sozusagen schon bezahlte Mondlandung hinaus schwerlich neue Kredite bewilligen wollen.

Das ist also die Lage, vor der Nixon sehr bald stehen wird, und daher kommt die Notwendigkeit für ihn, sehr schnell zu entscheiden, was nach der Mondfahrt kommen soll. Es gibt da mehrere Möglichkeiten, und die Weltraumplaner — zu denen auch immer noch Werner von Braun gehört, wenn er auch von einer nachrückenden jüngeren Generation etwas zur Seite gedrängt worden ist — haben verschiedene Empfehlungen bei der Hand, unter denen eine Auswahl zu treffen wäre. Eine wäre ein neues «Nationalziel» ähnlich dem «Apollo»: Errichtung einer permanenten (bemannten) Station auf dem Mond, eine zweite wäre der Griff nach den nächsten Planeten, Mars oder Venus, mit bemannten Beobachtungskapseln, und eine dritte, die von der Akademie der Wissenschaften vorgeschlagen wird, wäre, alle Menschen fortan hübsch auf der Erde zu lassen und dafür um so intensiver mit Hilfe von Instrumenten und Geräten im Weltraum wissenschaftliche Forschung zu treiben.

Richtig ist, daß bei der Mondfahrt die wissenschaftlichen Resultate eher bescheiden waren und im Weltraum noch unzählige Geheimnisse der Erschließung durch den Menschen harren, wofür man Kameras, Thermometer, Seismographen und ähnliche Dinge viel wichtiger braucht als menschliche Beobachter. Nasa-Leute weisen auf eine Sonderaufgabe hin: in neun Jahren wird es einmal eine nur alle hundert Jahre vorkommende planetarische Konstellation geben, in der alle Planeten des Sonnensystems einer hinter dem anderen wie Perlen auf der Schnur aufgereiht sind und eine sie Revue passierende Filmkamera unerhörte Erkenntnisse sammeln könnte.

Dazu kommen andere Vorschläge. Das amerikanische Ministerium des Innern, Grashüter der amerikanischen

Bodenschätze und Rohstoffreserven, wünscht dringend, daß die Mondsubstanz auf das Vorkommen von Erzen, Petroleum und sonstigen mineralischen Schätzen untersucht werden soll. Und Universitäten verlangen, daß die wissenschaftlichen Erkenntnisse der zivilen Forschung — Universitäten, Akademien, Industrie — zugänglich gemacht werden mögen. Umgekehrt fordern die Militärbehörden einen gründlichen Blick auf diese Erkenntnisse, in der Hoffnung, daß dabei etwas für ihre Waffenforschung abfallen könnte.

Offenbar denkt Nixon ungefähr in den gleichen Bahnen mit seiner Anregung, künftig die zivile Weltraumforschung (Nasa) mit der militärischen der Luftwaffe zu kombinieren. Bisher bestanden beide nebeneinander, wobei sich freilich die Luftwaffe vorwiegend auf die Arbeiten mit den technischen Trägern der Forschung, also den Raketen und Reiskapseln, zu beschränken hatte. Immerhin gab es eine gewisse Doppelspurigkeit, die Nixon beseitigen möchte.

Das «Apollo»-Programm hat bisher rund 24 Milliarden Dollar gekostet, auch für amerikanische Verhältnisse sehr viel Geld, wenn auch unendlich weniger als, zum Beispiel, der Krieg in Vietnam. Aber wenn gesagt wird, daß der Stolz, mit dem ganz Amerika heute auf die erfolgreichen drei Mondfahrer des «Apollo 8» blickt, diese Geldausgabe vollauf rechtfertigt, so ist dem schwer zu widersprechen, — zumal die Nasa immer hinzufügt, daß das ganze Geld ja auf der Erde ausgegeben wurde und nicht auf dem Mond, daß es also hier auf Erden Arbeit geschaffen, vielen Leuten Lohn und Brot geschafft und neue ökonomische Horizonte eröffnet hat. Und natürlich denken auch alle Amerikaner mit Genugtuung daran, daß «Apollo 8» einen riesigen Prestige- und Teilerfolg in dem Wettrennen zum Mond brachte. Es ist immer noch möglich, daß der erste eigene Sonderbericht vom Mond in der «Prawda» erscheinen wird, und nicht in der «New York Times», aber im Augenblick sieht es nicht so aus. Auch das ist den Amerikanern einige Milliarden Dollar wert.

Hans Steinitz (New York)



## Zum Galadiner bei ihrer Königin...

waren die zurzeit in London weilenden Staatsoberhäupter und Ministerpräsidenten der Commonwealth-Mitgliedstaaten geladen. Hier empfängt Königin Elisabeth die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi und den Premier von Singapur, Lee Kuan Yew, im Buckingham Palace. Keystone

## Umstrittene Rhodesien-Politik

### Vorstoß Tansanias an der Commonwealth-Konferenz

London, 9. Jan., ag. (AFP) Der Präsident von Tansania, Nyerere, hat an der Konferenz der Premierminister des Commonwealth in London eine Offensive gegen das Regime in Rhodesien gestartet. Er unterbreitete der Konferenz ein Memorandum, in dem verlangt wird, daß Rhodesien erst dann die Unabhängigkeit gewährt werde, wenn die schwarze Mehrheit die Macht übernommen habe. Die Vorschläge, die Premierminister Wilson dem rhodesischen Regierungschef bei den letzten Verhandlungen machte, sollen nach Ansicht Nyereres rückgängig gemacht werden. Schließlich verlangt Nyerere, daß die

wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Rhodesien verstärkt werden. — Das Memorandum, das allen Delegationen ausgehändigt wurde, hat bereits die Zustimmung mehrerer Konferenzteilnehmer gefunden.

Präsident Nyerere hat mit dem Staats- und Regierungschef von Sambia, Kaunda, und den Premierministern von Jamaica, Guyana und Barbados ein «kleines Gipfeltreffen» abgehalten, um sich auf ein gemeinsames Vorgehen in der Rhodesienfrage zu einigen. Dieser Block hat nicht nur die Absicht, die Rhodesienpolitik der britischen Regierung zu bekämpfen, sondern auch jene zahlreichen Konferenzteilnehmer zu mobilisieren, die sich gegenüber dem Rhodesien-Problem eher gleichgültig zeigen.

Erklärung Stewarts

An der Konferenz in London betonte der britische Außenminister Michael Stewart erneut, Großbritannien werde auf das Bestimmungsrecht über seine von London abhängigen Gebiete nicht gegen den Willen der Einwohner dieser Länder verzichten. Stewart spielte damit auf Britisch-Honduras, Gibraltar und die Falkland-Inseln an. Der Außenminister befaßte sich ferner mit den Problemen der überseeischen Gebiete. Er erklärte, Whitehall verfolge die Politik, jeder britischen Besitzung die Unabhängigkeit zu gewähren, sofern die Bevölkerung diesen Wunsch äußere oder sich eine derartige Lösung für ein Gebiet als möglich erweise.

## Was soll nun weiter geschehen?

In den USA gibt es eine riesige Weltraumindustrie (Raketenbau, Flugzeugbau, Abschusstrampen-Bau, Tausende von speziellen Instrumenten und Meßgeräten), in der Zehntausende von Menschen beschäftigt sind und die ausschließlich von den Milliardenkrediten des Bundes lebt.

Diese Zuwendungen waren nicht immer leicht zu erhalten. Der Kongreß hatte anfangs die Nasa sehr großzügig dotiert, war dann aber enttäuscht, als es keine spektakulären Ergebnisse gab, und die letzten beiden Jahre war er aus-

## Abba Eban: Keine Rückkehr zur Lage von 1967

### Eröffnung des jüdischen Weltkongresses

Jerusalem, 9. Jan. ag. (AFP) In seiner Rede zur Eröffnung des Jüdischen Weltkongresses in Jerusalem kam der israelische Ministerpräsident Eschkol auf das französische Waffenembargo gegen Israel zu sprechen.

Er erklärte, diese Maßnahme habe etwa die Wirkung, wie wenn «man einem vom Gegner bedrohten Kämpfer die Hände binden würde», und zudem sei sie das Werk eines Mannes, «der Objektivität vorgebe und Frieden schaffen wolle».

Die jüdische Weltkonferenz, die vier Tage dauern soll, findet laut Eschkol in einem Moment statt, da es «mehr denn je um die Existenz des jüdischen Volkes und der jüdischen Kultur geht». Dabei erinnerte er auch an die vier

Millionen Juden in der Sowjetunion, deren Probleme man nicht vergessen dürfe.

Der israelische Außenminister Abba Eban legte der Konferenz, an der 160 Delegierte aus 20 Ländern teilnehmen, die israelische Politik in der Nahostkrise dar. Er präziserte, daß man nicht auf die Situation des 4. Juni 1967 zurückkehren wolle und daß Israel, solange die Sicherheit seiner Grenzen nicht garantiert werde, die besetzten Gebiete halten werde.

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, betonte, die Welt müsse verstehen lernen, daß das Engagement des jüdischen Volkes gegenüber Israel nicht im Widerspruch zu der Loyalität der Juden gegenüber den Ländern, deren Bürger sie sind, stehe. Ohne Israel könnte das Ueberle-

ben des jüdischen Volkes unter den heutigen Umständen kaum gesichert werden. Vor der Sitzung waren die Delegierten vom israelischen Präsidenten Salman Schalzar empfangen worden und hatten sich anschließend zur Klammerei begeben.

Bojkottmaßnahmen gegen Frankreich angekündigt

Tel Aviv, 9. Jan. ag. (AFP) Die israelische Abendzeitung «Yedioth Ahronoth» berichtet über internationale Boykottkündigungen der Juden gegen Frankreich. Diese Kundgebungen haben nach Angaben der Zeitung mit der Annullierung eines Pariser Aufenthaltes mehrerer jüdischer Gruppen der USA begonnen. Der Boykott gelte jedoch nicht nur dem französischen Fremden-